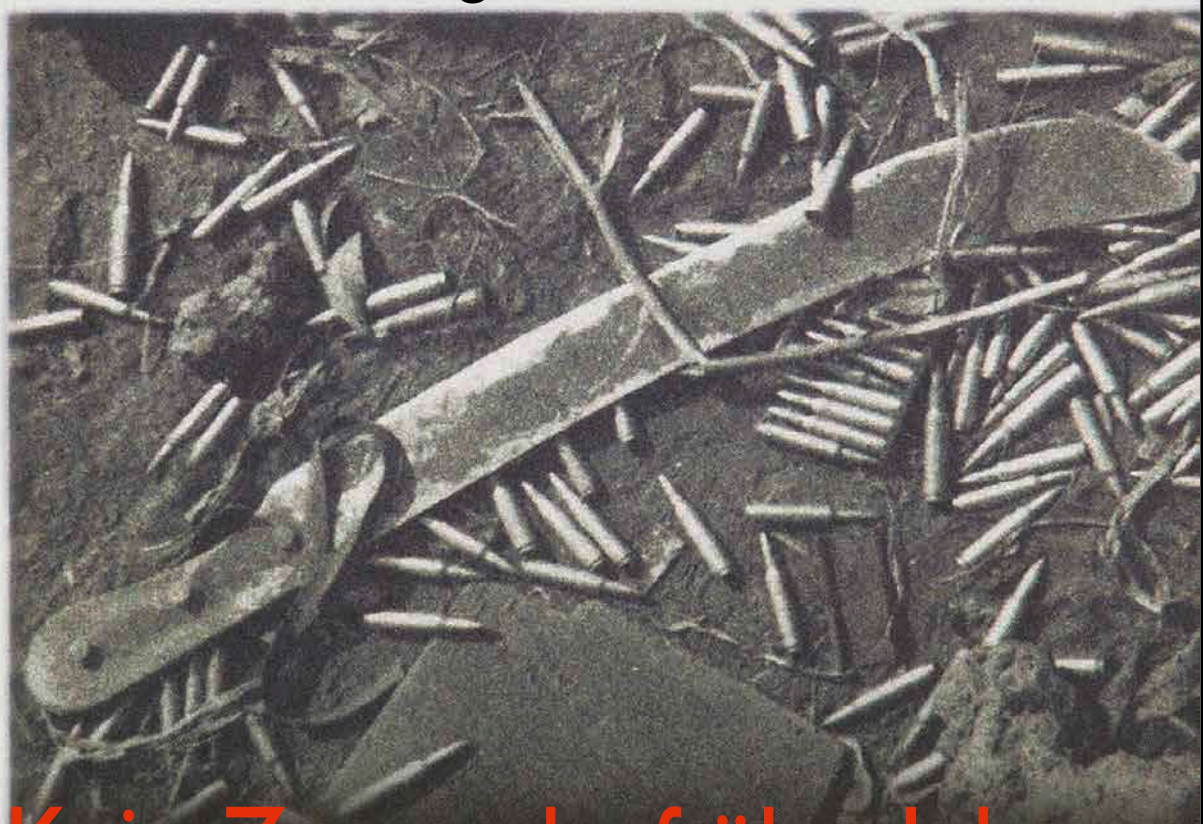


Alison Des Forges



Kein Zeuge darf überleben Der Genozid in Ruanda

Hamburger  Edition



Human Rights Watch /
Fédération Internationale des Ligues des Droits de L'Homme

Alison Des Forges

Kein Zeuge darf überleben

Der Genozid in Ruanda

Aus dem Amerikanischen von Jürgen Bauer,
Fee Engemann, Renate Hardt, Edith Nerke,
Carmen von Samson-Himmelstjerna
und Gisela Schwarz

Hamburger Edition

Dieser Text basiert auf Recherchen von Alison Des Forges, Eric Gillet, Timothy Longman, Catherine Choquet, Michele Wagner, Trish Hiddleston, Kirsti Lattu und Jemera Rone

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de

© der E-Book-Ausgabe 2016 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-86854-902-7
E-Book Umsetzung: Dörlemann Satz, Lemförde

© 3. Aufl. 2008 by Hamburger Edition
Deutsche Erstveröffentlichung 2002 by Hamburger Edition
ISBN 978-3-930908-80-0

© der Originalausgabe 1999 by Human Rights Watch
Titel der Originalausgabe: »Leave None to Tell the Story. Genocide in Rwanda«

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Herstellung: Jan Enns
Satz aus Stempel-Garamond von Pinkuin Satz und Datentechnik, Berlin

Inhalt

Einleitung	15
Der Völkermord: eine Zusammenfassung	18
Die Strategie der ethnischen Spaltung	18
Das Blutbad wird vorbereitet	19
Der Angriff	21
Ein Rekrutierungsprogramm für den Völkermord	22
Die Struktur	24
Strategien des Tötens	26
Die Beteiligung der Bevölkerung	27
Unter dem Deckmantel der Legitimität	29
Überlebensstrategien	30
Das Ende der Macht der Hutu	31
Die Ruandische Patriotische Front	31
Zahlen	33
Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft	36
Diskriminierung und Gewalt werden geduldet	36
Friedenserhaltung und Sparmaßnahmen	37
Warnungen, Informationen und Verhalten des UN-Personals	38
Verwirrung und Mißverständnisse	39
Völkermord und Krieg	41
Militärisches Handeln und militärische Untätigkeit	42
Der Völkermord wird geduldet	45
Ruanda horcht auf	48
Die Zukunft	49
Das Ermittlungsprojekt	50
Sprache, Schreibweisen und Namen	53
Der Kontext des Völkermordes	55
Die Geschichte Ruandas	55
Hutu, Tutsi und Twa	55
Die Kolonialisierung verändert das politische System	59
Die Bedeutungsänderung von »Hutu« und »Tutsi«	61
Die Hutu-Revolution	64
Habyarimana übernimmt die Macht	66
Der Einparteienstaat	67
<i>Die Armee, die Kirche und akazu (69); Der kurze und flüchtige Wohlstand (72)</i>	

Die Bedrohung des MRND-Blocks	74
<i>Die ruandische Opposition (74); Der Angriff der RPF (75); Die Antwort der Regierung auf den Angriff (76); Die Kon- solidierung der Opposition (78)</i>	
<i>Kubohoza – »befreien helfen«</i>	83
<i>Straffreiheit und Unsicherheit (86)</i>	
Das Militär definiert »den Feind«	88
Propaganda und Praxis	94
Die Medien	96
Die Botschaft wird umgesetzt	101
Die Botschaft	102
<i>»Die Einheit der Tutsi« (105); »Unterwanderung« (106); »Die Rückkehr des alten Regimes« (108); »Der Völkermord an den Hutu« (109); Der regionale Kontext (111); »Die Hutu als unschuldige Opfer« (113); »Die Tutsi sind an ihrem Unglück selbst schuld« (114); »Die Solidarität der Hutu« (114)</i>	
Die Rede von Mugesera: »Laßt sie nicht bei euch einmarschieren«	115
Die Vernichtung in der Praxis	119
<i>Das Ziel im Visier (120); Die Furcht nähren (121); Befehle zum Angriff (122); Die Gewalt wird verleugnet (124); Strafflosigkeit (124)</i>	
Die internationale Reaktion auf die Massaker	125
Die Internationale Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverstößen in Ruanda	126
Die Entscheidung für den Krieg	130
Wer den Frieden will, muß sich auf den Krieg vorbereiten	131
<i>Waffen (131); Listen (133)</i>	
Die Milizen und die »Selbstverteidigung«	135
<i>Die AMASASU und Oberst Bagosora (137); Die Suche nach potentiellen Anführern (144)</i>	
Der Angriff vom Februar 1993	145
Die Spaltung der Opposition	147
Die Unterstützung Frankreichs für Habyarimana	153
Der Preis des Krieges	159
Das Arusha-Abkommen	161
<i>Die Gegner des Abkommens (163); Der Kauf von Mache- ten (164); Die Rekrutierung von Unterstützern (167); Rekrutierungsmaßnahmen der RPF (168)</i>	
Die Friedenstruppen der Vereinten Nationen	169
<i>Ressourcen und Mandat (170); Paragraph 17 (171)</i>	
Die Ermordung Melchior Ndadayes und die Gewalt in Burundi	173

Hutu Power	177
Vorboten	181
Chronologie	183
<i>November 1993 (183); Dezember 1993 (184); Januar 1994 (187); Februar 1994 (199); März 1994 (207); April 1994 (210)</i>	
Die Reaktion der Vereinten Nationen auf die Warnungen	211
Die Reaktionen der Regierungen Frankreichs, der USA und Belgiens	215
Ein eindringlicher Appell	217
Die Erneuerung des Mandats	218
Der Völkermord auf nationaler Ebene	221
April 1994: »Der Monat, der nicht enden wollte«	221
Der Angriff auf Habyarimanas Flugzeug	223
Die Übernahme der Kontrolle	227
<i>Bagosora als Befehlshaber (227); »Die Premierministerin arbeitet nicht mehr ...« (229); Vieldeutigkeit und Doppeltzünigkeit (234)</i>	
Die Interimsregierung	238
Der Beginn des Vernichtungsfeldzugs	241
<i>Die Initiatoren (241); Die Tutsi im Visier (244); Die militärische Opposition: Die Erklärung vom 12. April (247)</i>	
Die Strategien der Vernichtung	248
<i>Prioritäre Ziele (248); Gründliche Eliminierung: »Fangt auf einer Seite an ...« (251); Massaker (252); Fluchthindernisse: Straßensperren und Patrouillen (256); Vergewaltigung und sexuelle Gefälligkeiten (259); Besonders brutale Verbrechen (260)</i>	
Überlebensstrategien	261
<i>Widerstand (261); Flüchtten, sich verstecken und Sicherheit erkaufen (266)</i>	
Die Organisation	269
Das Militär	270
Politiker und Milizen	277
<i>Die Milizen (279)</i>	
Die Verwaltung	282
<i>Die Verbreitung der Botschaft (283); Die Mobilisierung der Bevölkerung (285); Die Umsetzung der Vorschriften (289)</i>	
Ideelle und materielle Unterstützung	294
Der Klerus	297
Der Rundfunk – die Stimme der Kampagne	301

Täuschungsmanöver, Lügen und Verstellung	304
Die Mitwirkung der Bevölkerung	313
Die Ausweitung des Genozids	316
Die Beseitigung der Dissidenten	317
Anhaltende Konflikte unter den Militärs	319
Die Zerschlagung der Opposition in Gitarama	324
»Die Bevölkerung versucht nur, sich selbst zu verteidigen«	332
Straffere Kontrolle	337
<i>Ruanda seinen »guten Namen« zurückgeben (338); »Die Gewalt [...] sollte aufhören« (341); »Keine Leichen mehr auf den Straßen« (343); »Befriedung« als Täuschungsmanöver (347)</i>	
»Gerechtigkeit« während des Genozids	349
Mitte Mai: Morde an Frauen und Kindern	351
»Eine Bresche für den Feind«: Konflikte unter Hutu	353
<i>Politische Auseinandersetzungen (354); Eigentumsstreitigkeiten (354); »Wo soll das alles enden?« (356)</i>	
Der Sieg der RPF	358
Der Völkermord auf lokaler Ebene: Gikongoro und Butare	361
Gikongoro	361
Hintergrund	361
Der Präfekt wird übergangen	365
<i>Unterpräfekt Damien Biniga (367); Oberstleutnant Simba (368)</i>	
Erste Angriffe	371
<i>Die Gewalt breitet sich aus (373); Der Rundfunk macht gegen die Tutsi mobil (374)</i>	
Musebeya	376
<i>Der Bürgermeister widersetzt sich dem Völkermord (377); Simba übernimmt die Führung (381); Errichtung von Straßensperren (384); »Wir müssen sie alle auslöschen« (385)</i>	
»Kein Wort zur Lösung des Problems«	388
<i>Angriffe auf Abweichler (390); Nationale Behörden forcieren das Morden (392)</i>	
Kivu: Der Verantwortung ausweichen	393
Die Tutsi in Musebeya werden ausgelöscht	396
Das Massaker in Kaduha	398
Die Kontrolle wird verschärft	407
<i>»Befriedung« in Gikongoro (407); »Zivile Selbstverteidigung« in Gikongoro (410); Der Bürgermeister von Musebeya wird abgesetzt (412)</i>	

Nyakizu: Die Massaker	415
Butare: Der Präfekt und die Präfektur	415
Die Gemeinde Nyakizu	418
Bürgermeister Ntaganzwa: Sieg durch <i>kuboboza</i>	419
<i>Die Herrschaft wird gefestigt (422); Hutu Power (424)</i>	
Die Grenze und die Burunder	425
Ausbildung und Waffen	429
Der Beginn des Völkermordes	432
<i>Zusammentreiben der Tutsi, Mobilisierung der Hutu (433);</i>	
<i>Die ersten Morde (436); Nkakwa (439)</i>	
Cyahinda	442
<i>Die »Schlacht« (445); Verstärkung der Angreifer (449);</i>	
<i>Hilfsversprechen, Vergeltungsdrohungen (453)</i>	
Die Berggipfel	458
Flucht	461
Nyakizu: Die Verwaltung des Völkermordes	464
Die Wiederherstellung des »normalen« Lebens	465
<i>Die Sprache des Krieges (469); Säuberungen (470)</i>	
»Das restliche Unterholz säubern«	475
Mit einer Stimme sprechen	482
<i>Zustimmung von oben (488); Der Sicherheitsausschuß (490)</i>	
Der Bürgermeister: Man fürchtet ihn, statt ihm zu vertrauen	492
<i>Verbündete werden zu Feinden (494); »Gier nach</i>	
<i>Besitztümern« (495)</i>	
Der »Feind« trifft in Nyakizu ein	498
Butare: »Sie sollen Platz machen und uns die Arbeit	
verrichten lassen«	503
Die Ausgangssituation	503
<i>Das Militär (506); Die Intellektuellen (508); Die Miliz und</i>	
<i>die politischen Parteien (508); Die Burunder (510)</i>	
Die Gewalt beginnt	510
<i>Der Versuch, die Kontrolle aufrechtzuerhalten (512);</i>	
<i>Reaktion auf die Angriffe aus Gikongoro (517); Umgang</i>	
<i>mit den Vertriebenen (518)</i>	
Präfekt Habyalimana wird abgesetzt	520
<i>Hutu Power in Butare auf dem Vormarsch (523); Massaker</i>	
<i>in Simbi (524); Massaker in Kansi (527)</i>	
Begrüßung des neuen Präfekten	529
Der Süden von Butare	539
Das Treffen vom 20. April	541
Butare: »Dies ist eine Vernichtungskampagne«	547

Systematisches Gemetzel in Butare-Stadt	551
<i>Gezielte Morde an Einzelpersonen (551); Die Tötungswelle rollt durch die Wohnviertel (555); Mordanschläge an der Universität und im Krankenhaus (560)</i>	
Kollektives Gemetzel	565
<i>Butare-Stadt (565); Gemeinde Ngoma: Massaker in Matyazo und Kabakobwa (566); Andernorts in der Präfektur: Die verheerende dritte Aprilwoche (568)</i>	
Die Lüge von der »Befriedung«	570
<i>Die Massaker vom 30. April (572)</i>	
Überlebenskampf	576
<i>Suche nach Hilfe (576); Widerstand (577)</i>	
Operationen mit Völkermordabsicht	582
<i>Die »tatkraftige Unterstützung« des Militärs (582); Die Miliz und die Zündholzfabrik (590); Das Handeln ziviler Stellen (594)</i>	
Butare: »Arbeiter, die für ihr Land arbeiten wollen«	600
»Zivile Selbstverteidigung« in Butare	601
<i>Leitung und Finanzierung (601); Training und Waffen (604); Die Sicherheit geht jeden an (611); Straßensperren und Patrouillen: Pflicht zur Teilnahme (612)</i>	
Sicherheitsausschüsse	619
Die Morde vom Mai	625
Schutz für Tutsi	632
<i>Gewährt und verweigert (632); Teilweiser Schutz: Die Gruppe vor dem Präfekturgebäude (636)</i>	
Suche nach intellektueller Unterstützung: Der Premierminister der Übergangsregierung und die Professoren	640
<i>Guhumbahumba: Jagd auf die letzten noch lebenden Tutsi</i>	644
<i>Durchsuchung der Felder, Waldstücke und Täler (650); Razzien in Butare-Stadt (653)</i>	
Butare: »Niemand wird vor den Unruhen sicher sein«	656
Hutu gegen Hutu	657
<i>Persönliche und politische Konflikte (657); Regionaler Konflikt (663); Eigentum und Frauen (666)</i>	
Kontroversen über den Völkermord	672
<i>Schutz durch Einzelpersonen (672); Schutz durch die Gemeinschaft (674); Schutz aus Prinzip (676)</i>	
Aufsässiges Militär	678
Recht und Ordnung	680
<i>Das Handeln der Justiz (681); Kontrollversuche vor Ort (682)</i>	

Internationale Kontakte	684
Erlaubnis, einen Ort zu verlassen	688
Schwindender Rückhalt für die Mordkampagne <i>Die letzte Jagd in Butare (693)</i>	689
Überlebende	695
Autorität und Verantwortung	703
Der Völkermord und die internationale Gemeinschaft	707
Der Völkermord wird ignoriert	707
UNAMIR	708
» <i>Defensive Überlebensübung</i> « (708); <i>Das Mandat und untätige Zeugen des Völkermordes</i> (713)	
Die Evakuierungstruppen	719
<i>Keine Einheimischen</i> (724); <i>Ecole Technique Officielle: »Laßt uns nicht im Stich!«</i> (728)	
Die Politik Belgiens	733
» <i>Die Aktivitäten der UNAMIR einstellen</i> « (733); » <i>Die Sicherheit der UNAMIR</i> « (735)	
Die Politik der Vereinigten Staaten: »Ein neues Somalia« und andere Fehlinterpretationen	738
Vernebelung durch die Vereinten Nationen: »Ein Volk ist in verhängnisvolle Umstände geraten«	740
<i>Der Schutz »der unschuldigen Zivilisten in Ruanda«</i> (743); <i>Die UNAMIR wird reduziert</i> (745); <i>Ein Ausnahmefall: Das Hotel Mille Collines</i> (748)	
Der Völkermord wird zur Kenntnis genommen	751
Ende April: Der Völkermord wird anerkannt	752
<i>Erklärung des Generalsekretärs</i> (754); <i>Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats</i> (754)	
Die übliche Diplomatie	757
UNAMIR II	761
Menschenrechtseinrichtungen	764
Waffen und Munition	767
»Es lebe die französisch-ruandische Zusammenarbeit« » <i>Ohne schmutzige Hände geht es nicht</i> « (773); <i>Hilfe für die ruandischen Streitkräfte</i> (778)	772
Französische Soldaten: eine Privatinitiative?	783
<i>Opération Turquoise</i> (786)	
Die Erklärung von Kigeme und das Ende der »Legitimität«	808

Die Beendigung des Völkermordes	811
Die Ruandische Patriotische Front	811
»Weder Hutu noch Tutsi noch Twa«	814
<i>Die Ideologie einer nationalen Einheit (814); Rekrutierung von Hutu als Gefolgsleute (816)</i>	
Das Ende des Völkermordes	818
<i>Kampfhandlungen des Militärs (819); Ablehnung von UNAMIR II (820)</i>	
Menschenrechtsverstöße durch die RPF vor April 1994	823
Massaker und sonstige Menschenrechtsverstöße der RPF von April bis Juli 1994	824
<i>Massaker im Verlauf militärischer Auseinandersetzungen (824); Kwitaba imana und kwitaba inama: Massaker bei öffentlichen Versammlungen (827); Summarische und willkürliche Hinrichtungen (831); Summarische Hinrichtungen von Personen, die der Beteiligung am Völkermord bezichtigt wurden (837)</i>	
Behinderung humanitärer Hilfe	845
Informationskontrolle	846
Vorwürfe gegen die RPF wegen Menschenrechtsverstößen	847
Die Gersony-Mission	849
<i>Umfang und Schlußfolgerungen (849); »Der Gersony-Bericht existiert nicht« (851)</i>	
Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft	854
Verantwortlichkeit innerhalb der RPF	856
 Gerechtigkeit und Verantwortung	 861
Der internationale Strafgerichtshof für Ruanda	863
<i>Beziehungen zwischen dem internationalen Strafgerichtshof und den nationalen Gerichtsbarkeiten (866); Die Verwaltung des internationalen Strafgerichtshofs (867); Zeugenschutz (869); Die Anklagen (870); Die Ruander und der internationale Strafgerichtshof (872)</i>	
Die Strafverfolgung des Völkermordes durch ruandische Behörden	875
<i>Gesetzgebung (877); Inhaftierungen (882); Gerichtsverfahren (885); Entschädigungsleistungen (890); Die Hinrichtungen von April 1998 (892); Geständnisse (893); Zustände in den Gefängnissen und in den Hafthäusern der Gemeinden (894); Mit Auflagen verbundene Freilassungen (894)</i>	

Inhalt	13
<hr/>	
Strafverfolgung im Ausland und sonstige Verfahren	897
Verantwortung übernehmen	900
Zusammenfassung	902
Die wichtigsten Abkürzungen	905
Ruandische Begriffe	908
Auswahlbibliographie und zitierte Artikel	909
Personenregister	922
Sachregister	932
Zur Autorin	948

Einleitung

»Als ich nach draußen kam, waren keine Vögel da«, berichtete ein Überlebender, der sich während des Völkermordes versteckt gehalten hatte. »Die Sonne schien, und es stank nach Tod.«

Im Juli 1994 hing über weiten Teilen von Ruanda der süßliche, ekelrerregende Gestank verwesender Leichen: auf den Gipfeln von Nyanza oberhalb der Hauptstadt Kigali, wo Schädel und Knochen, zerrissene Kleidungsstücke und Papierfetzen im Gebüsch verteilt waren; in Nyamata, wo sich auf Bänken und Fußboden einer Kirche Leichname häuften; in Nyarubuye im Osten Ruandas, wo der vor den Stufen einer Kirche liegende Leichnam eines Mädchens von so vielen Fahrzeugen überrollt worden war, daß er nur noch so dünn wie ein Stück Pappe war; an den Ufern des idyllischen Kivu-Sees im Westen von Ruanda, wo man Leichenteile die Steilküste hinuntergeworfen hatte; und auch in Nyakizu in Südruanda, wo die Sonne im Sand eines Schulhofs Teile von Knochen bleichte und wo auf einem nahe gelegenen Hügel der Brustkorb eines enthaupteten Kindes lag, der nur noch von einem kleinen roten Pullover zusammengehalten wurde.

In den 13 Wochen nach dem 6. April 1994 sind bei dem Völkermord in Ruanda mindestens eine halbe Million Menschen umgekommen. Möglicherweise macht ihre Zahl sogar drei Viertel des zu den Tutsi gehörenden Bevölkerungsanteils aus. Gleichzeitig wurden aber auch Tausende Hutu niedergemetzelt, weil sie sich gegen die Mordtaten und deren Anführer stellten.

Die Geschwindigkeit und Zerstörungswut, mit der die Mörder zuschlugen, ließen auf eine Verirrung der Natur schließen. »Ein Volk ist wahnsinnig geworden«, sagten einige Beobachter, während andere »einen neuen Kreislauf ethnisch motivierter Gewalt« zu erkennen glaubten. Die rund sieben Millionen Menschen zählende Bevölkerung Ruandas setzt sich aus drei ethnischen Gruppen zusammen. Die Twa sind zu wenige, um politisch eine Rolle zu spielen, so daß Hutu und Tutsi unmittelbar miteinander konfrontiert sind. Die zahlenmäßig weitaus größere Bevölkerung der Hutu hatte die vergangenen Jahre, in denen sie unter der Unterdrückung des Tutsi-Regimes gelebt und Gefühle von Groll und Furcht gegenüber der Minderheit angestaut hatte, nicht vergessen. Die inzwischen von Hutu geführte Regierung befand sich im Krieg mit der von Tutsi dominierten Rebellengruppe Ruandische Patriotische Front (RPF). Hinzu kam, daß Ruanda – ohnehin eines der ärmsten Länder der Welt – durch Überbevölkerung und fallende Weltmarktpreise für seine Produkte immer tiefer in die Armut geriet. Dürre und Krieg hatten die Nahrungsmittelproduktion beeinträchtigt, so daß 1994

schätzungsweise 800 000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen waren.

Doch der Völkermord war beileibe kein unkontrollierbarer Ausbruch der Wut eines von »althergebrachtem Stammeshaß« erfüllten Volkes. Genauso wenig war er die vorhersehbare Folge durch Armut und Überbevölkerung entfesselter Kräfte.

Der Völkermord war das Ergebnis einer bewußten Entscheidung, getroffen von einer modernen Elite, die sich durch Verbreitung von Haß und Angst den Machterhalt zu sichern suchte. Diese kleine, privilegierte Gruppe brachte zunächst die Mehrheit gegen die Minderheit auf, um der zunehmenden Opposition innerhalb Ruandas Herr zu werden. Dann jedoch, angesichts der sowohl auf dem Schlachtfeld als auch am Verhandlungstisch erzielten Erfolge der RPF, änderten die Machthaber ihre Strategie der ethnischen Teilung und setzten statt dessen auf den Völkermord. Sie glaubten, ein Vernichtungsfeldzug könne die Solidarität der Hutu unter ihrer Führung wiederherstellen und ihnen dabei helfen, entweder den Krieg zu gewinnen oder zumindest ihre Chancen auf ein für sie günstiges Ergebnis der Friedensverhandlungen zu verbessern. Sie rissen die Kontrolle über den Staat an sich und bedienten sich seiner Maschinerie und seiner Autorität, um ihr Blutbad durchzuführen.

Ebenso wie die Organisatoren des Völkermordes waren auch die Täter keineswegs Dämonen oder Marionetten, die Kräften ausgesetzt waren, denen sie sich nicht entziehen konnten. Sie waren Menschen, die sich entschieden hatten, Böses zu tun. Zehntausende von Furcht, Haß oder der Hoffnung auf Profit getriebene Menschen trafen eine schnelle und leichte Wahl. Sie begannen zu töten, zu vergewaltigen, zu rauben und zu zerstören. Bis zum Schluß fielen sie immer wieder über Tutsi her – ohne Zweifel oder Reue. Viele von ihnen ließen ihre Opfer entsetzlich leiden und erfreuten sich daran.

Hunderttausende andere entschlossen sich nur zögerlich zur Beteiligung am Völkermord, einige unter Zwang oder aus Angst um ihr Leben. Anders als die Zeloten, die ihre erste Wahl niemals in Frage stellten, mußten diese Menschen immer wieder neu entscheiden, ob sie sich beteiligen wollten oder nicht, mußten ständig aufs neue abwägen, zwischen der geplanten Vorgehensweise und der Wahl des Opfers, ob ihnen eine Beteiligung Gewinn einbringen oder was es sie kosten würde, wenn sie nicht mitmachten. Daß vermeintlich legitime Behörden zu Angriffen anstachelten oder diese anordneten, machte es den Zweifelnden leichter, Verbrechen zu begehen und dennoch zu glauben oder vorzugeben, sie hätten nichts Unrechtes getan.

Die politischen Entscheidungsträger in Frankreich, Belgien und den Vereinten Staaten wußten ebenso wie die Vereinten Nationen von den Vorbereitungen für ein gewaltiges Blutbad, unterließen jedoch die zu seiner Verhütung notwendigen Maßnahmen. Von Anfang an war ihnen bewußt, daß die

Vernichtung der Tutsi geplant war, doch die führenden ausländischen Politiker wollten nicht einräumen, daß es sich um einen Völkermord handelte. Um die Anführer und ihre Zeloten aufzuhalten, hätte es einer militärischen Intervention bedurft, wofür in der Anfangsphase bereits eine relativ kleine Truppe ausgereicht hätte. Doch die internationale politische Führung wollte nicht nur dieser Marschrichtung nicht folgen, sie lehnte es auch wochenlang ab, ihre politische und moralische Autorität zu nutzen, um die Legitimität der für den Völkermord verantwortlichen Regierung in Frage zu stellen. Sie weigerte sich zu erklären, daß eine Regierung, die sich der Ausrottung ihrer Bürger schuldig gemacht hat, niemals internationale Unterstützung erhalten würde. Sie tat rein gar nichts, um den Radiosender zum Schweigen zu bringen, der Aufrufe zum Mord ausstrahlte. Und doch hätten schon derart einfache Maßnahmen ausgereicht, um die starke Stellung von Behörden, die sich dem Massenmord gefügt hatten, zu untergraben und die Ruander zum Widerstand gegen den Vernichtungsfeldzug zu ermutigen.

Als die internationale politische Führung schließlich ihre Mißbilligung laut werden ließ, vernahmten dies die für den Völkermord verantwortlichen Behörden sehr wohl. Zwar ließen sie nicht von ihrem Ziel ab, änderten aber gleichwohl ihre Taktik. Dieser kleine Erfolg macht jedoch die eigentliche Tragödie um so deutlicher. Denn wenn ein derart zaghafter Protest Ende April eine solche Wirkung erzielte, was wäre erst das Resultat gewesen, hätte die ganze Welt bereits Mitte April ihre Stimme erhoben und »Nie wieder« gerufen?

Die vorliegende und in der Einführung zusammengefaßte Studie schildert im Detail, wie der mörderische Feldzug ausgeführt wurde. Sie verbindet mündliche Aussagen und ausführliche schriftliche Dokumentationen. Die Studie umfaßt Interviews mit Menschen, deren Vernichtung geplant war, die jedoch überleben konnten, mit Personen, die selbst getötet oder Morde angeordnet haben, mit Menschen, die andere tatsächlich gerettet oder es zumindest versucht haben, sowie mit jenen, die das Morden mit angesehen haben und versuchten, davor die Augen zu verschließen. Der vorliegende Bericht enthält ferner Protokolle örtlicher Zusammenkünfte, bei denen Operationen gegen die Tutsi geplant wurden, sowie den Schriftverkehr von Verwaltungsbeamten, die ihren Untergebenen Glückwünsche für die erfolgreiche Vernichtung »des Feindes« aussprachen. Er analysiert ferner die verschiedenen Sprachebenen und das Verschweigen von Tatsachen, mittels deren man bei Radiosendungen oder öffentlichen Zusammenkünften die Menschen über den tatsächlichen Verlauf des Völkermordes hinwegtäuschte. Der Bericht stellt den Völkermord in einen unmittelbaren politischen Kontext und zeigt auf, wie kommunale oder nationale Rivalitäten unter den Hutu den Verlauf der Vernichtungskampagne gegen die Tutsi beeinflußt haben. Des weiteren

geht er taktischen Veränderungen bei der Organisation des Feldzuges nach und schildert dessen Zusammenbruch nach dem Sieg der RPF über die Regierung.

Die vorliegende Dokumentation stützt sich auf zahlreiche Quellen, darunter bislang unveröffentlichte Aussagen und Dokumente von Diplomaten und Mitarbeitern der Vereinten Nationen, die belegen, wie die internationalen Akteure dabei versagt haben, den Völkermord zu verhindern oder zu beenden. Sie stellt ferner einen Zusammenhang her zwischen der Untätigkeit auf internationaler Ebene und der Ausweitung des Völkermordes und zeigt auf, daß die schließlich doch noch laut gewordenen internationalen Proteste selbst bei örtlichen Zusammenkünften und in abgelegenen Gebieten Ruandas Thema von Debatten waren. Damit wird belegt, daß die internationale Gemeinschaft, trotz ihrer Bemühungen, sich aus dem Geschehen herauszuhalten, in gewisser Weise Anteil am Völkermord in Ruanda hatte.

Der Völkermord: eine Zusammenfassung

Die Strategie der ethnischen Spaltung

Als die RPF am 1. Oktober 1990 von Uganda aus nach Ruanda eindrang, verlor der seit nahezu zwei Jahrzehnten regierende Präsident Juvénal Habyarimana an Popularität bei den Ruandern. Obwohl es die erklärte Absicht der RPF war, ihn aus dem Amt zu entfernen und die Rückkehr Hunderttausender ruandischer Flüchtlinge zu ermöglichen, die seit einer Generation im Exil gelebt hatten, sah der Präsident die Rebellen zunächst nicht als ernsthafte Bedrohung an. Dennoch entschied er und ihm nahestehende Kabinettsmitglieder, die Bedrohung durch die RPF hochzuspielen, um auf diese Weise dissidente Hutu wieder auf ihre Seite zu ziehen. Gleichzeitig erklärten sie die Tutsi unter den Ruandern zu Kollaborateuren mit der RPF. Die folgenden dreieinhalb Jahre arbeitete diese Elite daran, die Bevölkerung zu spalten in gegenüber dem Präsidenten loyale »Ruander« und »*ibyitso*« oder »Komplizen des Feindes«, womit Angehörige der Tutsi-Minderheit oder der Hutu-Opposition gemeint waren.

In dem Bemühen, unter den Hutu Gefühle von Haß und Furcht gegenüber den Tutsi zu säen, setzte der Kreis um Habyarimana auf die Erinnerung der Bevölkerung an die einstige Herrschaft der Minderheit und an das Erbe der Revolution von 1959, die das Tutsi-Regime gestürzt und viele von ihnen ins Exil getrieben hatte. Es war nicht schwer auszumachen, wer zu den Tutsi

gehörte: Per Gesetz müssen sich sämtliche Ruander entsprechend ihrer Volkszugehörigkeit registrieren lassen. Auf dem Lande – nur wenige Ruander wohnen in Städten – wußte man ohnehin im allgemeinen, wer Tutsi war. Hinzu kam, daß man viele Tutsi schon an ihrer körperlichen Erscheinung als solche erkennen konnte.

Allerdings war es kein leichtes Unterfangen, die Bindungen zwischen Hutu und Tutsi zu zerstören. Jahrhundertlang hatten sie dieselbe Sprache gesprochen, sie besaßen eine gemeinsame Geschichte und Kultur und teilten dieselben Ideen. Sie lebten als Nachbarn, besuchten dieselben Schulen und Kirchen, arbeiteten in denselben Büros und tranken in denselben Bars. Eine beträchtliche Zahl von Ruandern entsprang darüber hinaus Mischehen zwischen Hutu und Tutsi. Um also die ethnische Identität zum vorherrschenden Thema zu machen, mußten Habyarimana und seine Anhänger die Unterschiede innerhalb der breiten Masse der Hutu beseitigen oder zumindest verringern, insbesondere die zwischen den Bewohnern des Nordwestens und der übrigen Landesteile, zwischen Anhängern unterschiedlicher politischer Lager und zwischen Armen und Reichen.

Von Anfang an waren die Machthaber darauf vorbereitet, ihre Ziele mit Hilfe tätlicher Angriffe und Beschimpfungen zu erreichen. Mitte Oktober 1990 und fünf weitere Male bis 1994 ordneten sie Massaker an, denen Hunderte Tutsi zum Opfer fielen. Bisweilen töteten die Anhänger von Habyarimana auch politische Gegner unter den Hutu, ihr erklärtes ideologisches Ziel blieb jedoch der Mord an Tutsi.

Als Habyarimana 1991 das Machtmonopol seiner Partei aufgeben mußte, bildeten sich rasch rivalisierende Parteien, die um die Unterstützung der Bevölkerung wetteiferten. Mehrere von ihnen gründeten Jugendorganisationen, deren Mitglieder bereitstanden, um für die Interessen ihrer Parteigenossen zu kämpfen. Von Anfang 1992 an ließ Habyarimana die Jugend seiner Partei militärisch ausbilden, um sie dann in eine unter dem Namen *Interahamwe* (Die zusammenstehen oder Die zusammen angreifen) bekannte Miliz zu übernehmen. Massaker der *Interahamwe* an Tutsi sowie andere Verbrechen der Miliz blieben ebenso ungesühnt wie Übergriffe anderer Gruppierungen. So entstand der Eindruck, es sei »normal«, zur Erreichung politischer Ziele Gewalt einzusetzen.

Das Blutbad wird vorbereitet

Bis Ende 1992 konnten Habyarimana und seine Gruppe mit Angriffen, böser Propaganda und ständigen politischen Manövern die Gräben zwischen Hutu und Tutsi beträchtlich vertiefen. Nachdem jedoch die RPF 1993

bedeutende militärische Erfolge hatte verzeichnen und eine für sie vorteilhafte Friedensvereinbarung treffen können, nach der Staatsvertreter – und dazu zählte auch der Präsident – für Übergriffe der Vergangenheit strafrechtlich verfolgt werden konnten, sahen sich Präsident Habyarimana und seine Anhänger mit einem drohenden Machtverlust konfrontiert. Auch weite Teile der Hutu, selbst wenn sie sich zuvor nicht für Habyarimana eingesetzt hatten, zeigten sich zunehmend besorgt angesichts der Ambitionen der RPF. Diese Befürchtungen machte sich der neue Sender Radio Télévision Libre des Mille Collines (RTL) ebenso zunutze wie eine parteienübergreifende Bewegung namens Hutu Power, welche die seit drei Jahren von Habyarimana verfochtene ethnische Solidarität unter den Hutu verkörperte. Ende Oktober 1993 nahmen im benachbarten Burundi Soldaten der Tutsi den erst wenige Monate zuvor in freien und fairen Wahlen gewählten Hutu-Präsidenten gefangen und ermordeten ihn. Der Mord löste Massaker aus, bei denen Zehntausende Burunder – sowohl Hutu als auch Tutsi – den Tod fanden. Das Verbrechen, das von RTL massiv für politische Zwecke ausgebeutet wurde, bestätigte die Befürchtungen vieler ruandischer Hutu, daß die Tutsi niemals die Macht mit ihnen teilen würden, und verschaffte der Bewegung Hutu Power beträchtlichen Zulauf.

In der Zwischenzeit traf der Kreis um Habyarimana logistische und organisatorische Vorbereitungen für den Angriff auf die Minderheit der Tutsi. Im Verlauf des Jahres 1993 erweiterten einige Loyalisten aus der Partei Habyarimanas die Rekrutierungs- und Ausbildungsprogramme der *Interahamwe*. Andere, die möglicherweise Belastungen der Miliz durch rivalisierende Parteigenossen befürchteten, schlugen die Bildung einer »zivilen Selbstverteidigungstruppe« vor, für die weniger auf Parteebene, sondern eher auf dem Verwaltungswege junge Männer rekrutiert werden sollten. Diese Rekruten sollten von ehemaligen Soldaten oder Ortspolizisten ausgebildet werden, die sie bei Einsätzen gegen den »Feind« in ihren Gemeinden anleiten sollten. Anfang 1993 entwarf Hauptmann Théoneste Bagosora in seinem Terminkalender erste Elemente eines solchen Programms, während der Intellektuelle Ferdinand Nahimana in einem Brief an Freunde und Kollegen gleichfalls die Bildung einer derartigen Truppe befürwortete und Verwaltungsbeamte darangingen, Listen mit den Namen ehemaliger Soldaten, die solche Truppen anführen könnten, aufzustellen. 1993 und Anfang 1994 gaben Soldaten und politische Führer Schußwaffen an Milizen und andere Anhänger Habyarimanas aus, doch Bagosora und andere kamen zu dem Schluß, es sei zu kostspielig, an alle Beteiligten der »zivilen Selbstverteidigungstruppe« Schußwaffen zu verteilen. Statt dessen schlugen sie vor, die jungen Männer mit Macheten und ähnlichen Waffen auszustatten. Habyarimana nahestehende Geschäftsleute importierten daraufhin eine große Zahl

von Macheten, genug, um jeden dritten erwachsenen männlichen Hutu zu bewaffnen.

Die RPF erhielt Kenntnis von diesen Vorbereitungen und ahnte den kommenden Konflikt. Auch sie rekrutierte weitere Anhänger und Truppenangehörige und verstieß gegen das Friedensabkommen, indem sie die Zahl der Soldaten und Schußwaffen in Kigali erhöhte. Die RPF erkannte die Gefahr, die neuerliche Kampfhandlungen für die Tutsi darstellen würden, insbesondere für jene, die sich in den vergangenen Monaten öffentlich als Anhänger der RPF zu erkennen gegeben hatten, und leiteten entsprechende Warnungen auch an ausländische Beobachter weiter.

Der Angriff

Von Ende März 1994 an waren die Führer von Hutu Power entschlossen, Tutsi und habyarimanafeindliche Hutu in einem großangelegten Blutbad niederzumetzeln, um sich der »Komplizen« zu entledigen und die Friedensvereinbarung zunichte zu machen. Sowohl in der Hauptstadt Kigali als auch in entlegenen Gebieten wie Cyangugu im Südwesten Ruandas, in Gisenyi im Nordwesten und in Murambi im Nordosten standen Soldaten und Milizen bereit, um die anvisierten Opfer anzugreifen. In anderen Landesteilen waren die Vorbereitungen dagegen noch nicht abgeschlossen. In der Landesmitte war die Doktrin von Hutu Power erfolgreich verbreitet worden, doch herrschte Unsicherheit darüber, wie viele der gewöhnlichen Menschen die Ideologie auch tatkräftig umsetzen würden. In anderen Landesteilen, beispielsweise im Süden Ruandas, hatte Hutu Power nicht genügend Anhänger für ihre Idee gewinnen, geschweige denn organisieren können, um sie in die Tat umzusetzen.

Am 6. April 1994 wurde das Flugzeug mit Präsident Habyarimana an Bord durch Raketen zum Absturz gebracht. Die Verantwortlichen für dieses Verbrechen sind niemals identifiziert worden. Eine kleine Gruppe seiner engsten Verbündeten – es ist ungewiß, ob sie an dem Anschlag auf den Präsidenten beteiligt waren oder nicht – entschied, die geplante Vernichtungsaktion durchzuführen. Mit Rückendeckung der Milizen ermordeten Angehörige der Präsidentengarde und anderer Truppenteile unter Hauptmann Bagosora Regierungsvertreter der Hutu und die Anführer der politischen Opposition und schufen auf diese Weise ein Vakuum, in dem Bagosora und seine Anhänger die Kontrolle übernehmen konnten. Gleichzeitig begannen Soldaten und Milizionäre mit dem systematischen Mord an den Tutsi. Innerhalb weniger Stunden entsandten, weitab von der Hauptstadt, Militäroffiziere und Verwaltungsbeamte Soldaten und Milizionäre in die Umgebung, um Tutsi und die

politischen Führer der Hutu zu ermorden. Nach monatelangen Warnungen, Gerüchten und ersten Angriffen versetzten die Gewaltakte Ruander und Ausländer gleichermaßen in Panik. Die Schnelligkeit, mit der die ersten Morde verübt worden waren, vermittelte den Eindruck, man habe es mit einer großen Zahl von Angreifern zu tun. Tatsächlich war ihre Wirkung aber wohl eher auf ihre Umbarmherzigkeit und ihr organisiertes Vorgehen zurückzuführen als auf ihre große Zahl.

Ein Rekrutierungsprogramm für den Völkermord

Der Völkermord war keine Todesmaschinerie, die sich unaufhaltsam vorwärts bewegte, sondern eher ein Feldzug, dessen Teilnehmer im Laufe der Zeit mit Hilfe von Drohungen und Anreizen rekrutiert wurden. Zu den ersten Organisatoren zählten Militäroffiziere und Verwaltungsbeamte, Politiker, Geschäftsleute sowie andere Personen, die keine offiziellen Ämter innehatten. Um den Völkermord durchführen zu können, mußten sie sich des Staates bemächtigen. Das hieß nicht nur, Personen ihrer Wahl an die Spitze der Regierung zu bringen, sondern auch, sich in allen anderen Bereichen des Systems der Zusammenarbeit von Beamten zu versichern.

Zunächst bemühten sich Bagosora und sein Umfeld um die Rückendekung oder zumindest das Einverständnis der Mehrheit der Militärführung. Während noch unter ihrem Kommando stehende Truppen in den Straßen Ruandas Zivilisten ermordeten, begannen sie bereits mit den Verhandlungen um militärische Unterstützung. Bagosoras erster Vorschlag, selbst die Macht zu übernehmen, wurde sowohl von mehreren einflußreichen Offizieren als auch vom führenden Vertreter der Vereinten Nationen in Ruanda zurückgewiesen. Seinen nächsten Schritt, ein Regime aus Extremisten zu bilden und als angeblich legitime Regierung einzusetzen, akzeptierten dagegen sowohl die Soldaten als auch der UN-Vertreter und die internationale Gemeinschaft. Einen Tag nach Habyarimanas Tod nahm die RPF den bewaffneten Kampf gegen die Regierungstruppen wieder auf und reagierte so auf anhaltende Angriffe der ruandischen Armee auf Zivilpersonen und das Hauptquartier der RPF. Das erneute Aufflammen des Krieges und der darauf folgende Druck, sich solidarisch zu zeigen, erschwerte es den Offizieren, die Bagosora ablehnend gegenüberstanden, sich seinem Vorgehen zu widersetzen.

Bei der Konsolidierung ihrer Kontrolle über die Militärführung kamen der neuen Führung in Ruanda die ersten nur zögerlichen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft beträchtlich zugute. Nur wenige Stunden lang versuchten die UN-Truppen, die sich auf der Grundlage des Friedensabkommens in Ruanda aufhielten, den Frieden aufrechtzuerhalten, dann zo-

gen sie sich – auf Anordnung ihrer Vorgesetzten in New York – von ihren Posten zurück und lieferten die örtliche Bevölkerung der Gnade ihrer Angreifer aus. Bagosorafeindlichen Offizieren war klar, daß für eine Begrenzung des Vernichtungsfeldzuges eine Fortdauer der ausländischen Präsenz von grundlegender Bedeutung war. Sie appellierten an die Vertreter Frankreichs, Belgiens und der USA, Ruanda nicht zu verlassen. Doch in Erwartung der drohenden Greuel hatten die Ausländer ihre Koffer schon gepackt. Eine erfahrene und gutausgerüstete Truppe französischer, belgischer und italienischer Soldaten eilte schnellstens herbei, um alle Ausländer zu evakuieren, und verließ das Land gleich darauf wieder. In das Gebiet entsandte Soldaten der US-Marineinfanterie blieben gleich in Burundi, als deutlich wurde, daß die US-Bürger auch ohne ihre Hilfe aus Ruanda würden evakuiert werden können. Der erste Eindruck, daß die internationale Gemeinschaft dem Schicksal der Ruander gleichgültig gegenüberstehe, bestätigte sich kurz darauf, als die Belgier erste Vorkehrungen dafür trafen, ihre Kontingente aus den UN-Friedenstruppen abzuziehen. Zuvor waren zehn ihrer Soldaten, die nicht an der Evakuierungsaktion teilgenommen hatten, ermordet worden. Ganz wie die Organisatoren der Gewaltakte dies vorausgesehen hatten, wollte die belgische Regierung das Risiko weiterer Opfer nicht eingehen.

Vor dem Hintergrund der Billigung des ruandischen Militärs und der Flucht der Ausländer gingen Bagosora und seine Verbündeten nun daran, auch Verwaltungsbeamte und politische Führer in ihre Mordkampagne einzubinden. Sie erwarteten und erhielten Unterstützung von Politikern, Präfekten und Bürgermeister, die Habyarimanas Partei angehörten. Doch um ihren mörderischen Feldzug noch auszuweiten, benötigten Bagosora und seine Leute auch die Unterstützung von Verwaltungsbeamten und örtlichen Führern der anderen Parteien, die in Zentral- und Südruanda den stärksten Rückhalt hatten. Die Anhänger dieser Parteien, die in den ersten Tagen wie gelähmt mit angesehen hatten, wie ihre Kollegen unter den Hutu ermordet worden waren, waren inzwischen bereit, Soldaten und Milizen Widerstand zu leisten, von denen sie annahmen, sie kämpften nur für die Wiederherstellung der alleinigen Kontrolle durch die Partei von Habyarimana. Die neuen Machthaber jedoch beeilten sich, diese Bedenken zu zerstreuen. So beriefen sie für den 11. April ein Treffen der Präfekten ein und ließen am 12. April über den Rundfunk Appelle des Verteidigungsministers und einflußreicher Politiker ausstrahlen, die für die Einheit der Hutu warben und betonten, Parteiinteressen müßten zurückstehen im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Tutsi.

Am 15. April wurde deutlich, daß der UN-Sicherheitsrat den Friedenstruppen nicht nur keine Anweisung geben würde, der Gewalt nach Möglich-

keit Einhaltung zu gebieten, sondern sogar einen vollständigen Rückzug aus Ruanda in Betracht zog. Bis dahin hatten die Organisatoren des Völkermordes ihre Reihen beträchtlich gefüllt und waren nun stark genug, ihre Gegner aus dem Weg zu räumen und die Einwilligung in den Vernichtungsfeldzug durchzusetzen. Am 16. und 17. April lösten sie den Militärstabschef ab sowie jene Präfekte, von denen bekannt war, daß sie sich dem Morden widersetzen würden. Ein Präfekt wurde später in Haft genommen und hingerichtet, der andere zusammen mit seiner Familie ermordet. Drei Bürgermeister sowie mehrere andere Funktionsträger, die versucht hatten, das Gemetzel zu beenden, wurden ebenfalls getötet, entweder Mitte April oder kurz darauf. Die Anführer des Völkermordes beriefen in der Mitte und im Süden Ruandas Versammlungen ein, um noch zaudernde örtliche Verwaltungsbeamte unter Druck zu setzen, mit ihnen zu kollaborieren. Gleichzeitig zogen sie ihre Mörder aus Gegenden ab, in denen das Blutbad in vollem Gange war, und schickten sie in Gemeinden in der Mitte und im Süden Ruandas, wo die Bewohner ihre Beteiligung an dem Morden verweigert hatten. Außerdem bedienten sie sich des Rundfunks, um Verwaltungsbeamte und örtliche Politiker, die zur Besonnenheit aufgerufen hatten, zu verspotten und zu bedrohen.

Die Struktur

Bis zum 20. April – zwei Wochen nach dem Flugzeugabsturz – hatten die Organisatoren des Völkermordes die Kontrolle über den in hohem Maße zentralisierten Staatsapparat zwar noch nicht vollständig, aber doch in wesentlichen Teilen übernommen. Die Verwaltung funktionierte nach wie vor bemerkenswert gut, obwohl es durch den Krieg zu Unterbrechungen der Nachrichtenübermittlung und der Transportwege gekommen war. Anordnungen des Ministerpräsidenten wurden an den betreffenden Präfekten weitergeleitet, der sie wiederum an die Bürgermeister weitergab, die in ihren Kommunen Versammlungen einberiefen, bei denen sie diese Anweisungen der Bevölkerung vorlasen. Von Nord bis Süd, von West bis Ost waren überall dieselben Rufe nach »Selbstverteidigung« gegen die »Komplizen« zu vernehmen. Das Morden wurde als »Arbeit« bezeichnet, und Macheten und Schusswaffen waren »Werkzeuge«. Berichte über die Situation vor Ort und Protokolle von Versammlungen der Bewohner des Hügellandes wurden über die Kanäle der Verwaltung den zuständigen Personen zugeleitet.

Unter Rückgriff auf die Hierarchien des Militärs sowie des politischen und des Verwaltungssystems konnten die Organisatoren des Völkermordes die Vernichtung der Tutsi mit erstaunlicher Geschwindigkeit und Gründlichkeit vorantreiben. Soldaten, Nationalpolizisten (*gendarmes*), ehemalige Soldaten

und Kommunalpolitiker spielten bei dem Blutbad eine größere Rolle, als allgemein bekannt ist. Soldaten und Nationalpolizei leiteten nicht nur die ersten Morde in der Hauptstadt und anderen Städten ein, im ganzen Land wurden sämtliche größeren Massaker von ihnen angeordnet. Zwar waren nur wenige von ihnen persönlich bei Massentötungen anwesend, doch verfügten sie über taktische Kenntnisse und konnten Kriegswaffen wie Granaten, Maschinengewehre und selbst Mörser bedienen, die bei den Massakern zum Einsatz kamen und zahlreiche Menschen töteten. Zunächst waren es militärische Angriffe, die unzählige Menschenleben unter den unbewaffneten Tutsi forderten, erst dann rückten zivile Mörderbanden nach, die mit Waffen wie Macheten, Hämmern und Knüppeln ausgerüstet waren, und vollendeten das Blutbad. Überdies hetzte das Militär noch zögerliche Zivilisten und örtliche Verwaltungsbeamte zur Beteiligung an den Morden auf, und wenn es auf Widerstand stieß, erteilte es kurzerhand einen Befehl. Dazu reisten Militärs bis in die hintersten Winkel des Landes, um selbst in kleinen Marktflecken ihre tödliche Botschaft zu verbreiten.

Aufgabe der Verwaltungsbeamten war es, die Tutsi aus ihren Häusern zu holen und auf Sammelplätzen für das kommende Blutvergießen zusammenzutreiben, sowie eine große Zahl von Angreifern zu mobilisieren, Beförderungsmöglichkeiten für sie sicherzustellen und sie mit »Werkzeug« für ihre »Arbeit« auszustatten. Des weiteren mußten sie die Entsorgung der Leichen organisieren und die Verteilung geplünderten Eigentums und beschlagnahmten Landbesitzes regeln. An sich nützliche Verwaltungsabläufe, beispielsweise der obligatorische Arbeitseinsatz für das Gemeinwohl (*umuganda*) oder der Einsatz von Sicherheitspatrouillen, verwandelten sich unter ihrem Einfluß in Mechanismen zur Durchführung des Völkermordes.

Die politische Führung stellte für die Angriffe ihre Milizen zur Verfügung und schickte sie in alle Landesteile, wo immer sie gebraucht wurden. Sie stachelten Verwaltungsbeamte und Militäroffiziere, die noch Skrupel hatten, zu verstärktem Einsatz an und benutzten Parteianhänger dazu, jeden zu schikaniaieren oder zu bedrohen, der sich über seine Beteiligung an dem Blutvergießen noch unschlüssig war. Die politischen Führer trieben die Hutu mit weit deutlicheren Worten zum Mord, als dies ihre Beamten taten, die eher vieldeutige Begriffe oder Anspielungen benutzten.

Parallel zur Nutzung existierender Hierarchien riefen die Anführer des Völkermordes eine weitere Instanz ins Leben, die das Programm der »zivilen Selbstverteidigung« umsetzen sollte. Sie wurde formal zwar erst Ende Mai geschaffen, doch einige ihrer Hauptaufgaben, beispielsweise die Rekrutierung von Beteiligten durch Verwaltungsbeamte und der Einsatz ehemaliger Soldaten als Kommandeure der »Selbstverteidigungstruppen«, nahm sie bereits während der ersten Massaker Anfang April wahr. Die »Selbstverteidi-

gungstruppen« hatten ihr Hauptquartier in den Büroräumen von Bagosora und waren vor allem in den Führungspositionen mit Personen besetzt, die – wie auch Bagosora selbst – ehemalige Offiziere mit politischem Hintergrund waren.

Mit Hilfe dieser hierarchischen Strukturen führten die Organisatoren des Völkermordes einen Vernichtungsfeldzug, der eine Perversion früherer Kampagnen darstellte, bei denen Bevölkerung und Beamte gleichermaßen aufgerufen worden waren, durch besondere Anstrengungen zum Gemeinwohl beizutragen. Dringlichkeit und Bedeutung des zu erreichenden Zieles sollten die Abkehr von den sonst üblichen bürokratischen Wegen rechtfertigen. Die Bereitschaft zu töten erhielt einen größeren Stellenwert als die formale Rangordnung. Sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich konnte es geschehen, daß sich Untergebene über ihre Vorgesetzten hinwegsetzten, wenn sie größeres Engagement beim Völkermord bewiesen. Diese Flexibilität ermutigte all jene, die bereit waren, zu ihrem persönlichen Vorteil Menschenleben zu vernichten, Ehrgeiz und Initiative zu zeigen. Die Beteiligten konnten die normalerweise durch Gesetze oder Verwaltungsverfahren gezogenen Grenzen überschreiten, und so legten Politiker oder Soldaten ein gutes Wort für Regierungsvertreter ein, Milizen bestimmten die Kandidaten für Verwaltungsämter, und Sanitäter erhoben Forderungen nach militärischen Aktionen.

Diese Praktiken, die einer schnellen und wirksamen Durchführung des mörderischen Feldzugs Vorschub leisteten, erschweren die Feststellung, wer für einzelne Verbrechen die Verantwortung trägt. Wer also die für den Völkermord Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen will, muß dafür Sorge tragen, daß Beteiligte ohne Führungsfunktionen, die dennoch größere Machtbefugnisse hatten, sich nicht der Strafe für ihre Verbrechen entziehen können, indem diese allein ihren Vorgesetzten angelastet werden.

Strategien des Tötens

In den ersten Tagen des Tötens in Kigali wählten die Mörder ihre Opfer gezielt aus. Sie gingen systematisch von Haus zu Haus und töteten Tutsi sowie habyarimananfeindliche Hutu. Verwaltungsbeamte wie der Präfekt von Kigali wiesen Bewohner der Stadt an, Tutsi durch die Errichtung von Sperren an der Flucht zu hindern und Suchkommandos zu organisieren, um jene aufzuspüren, die sich versteckten.

Drei oder vier Tage nach Beginn des Völkermordes gingen die Organisatoren zu einer anderen Strategie über: Sie holten Tutsi aus ihren Häusern und brachten sie in Regierungsstellen, Kirchen, Schulen oder andere öffent-

liche Gebäude, wo man sie später in großangelegten Operationen niedermetzte.

Gegen Ende April läuteten die Behörden eine Phase der »Befriedung« ein, was freilich nicht das Ende des Tötens bedeutete, sondern lediglich eine stärkere Kontrolle darüber. Die Kritik aus dem Ausland – so gedämpft sie auch war – zeigte Wirkung, und die Behörden setzten den meisten Massentötungen ein Ende. Sie versuchten, Mörder strenger im Zaum zu halten, die inzwischen ihre Lizenz zum Töten mißbrauchten, beispielsweise indem sie Hutu ermordeten, mit denen sie im Streit lagen, oder die Tutsi gegen Geld, sexuelle Gefälligkeiten oder aus anderen Erwägungen heraus dabei halfen, sich ihren Verfolgern zu entziehen. Die Behörden wiesen die Milizen und andere Bürger an, Verdächtige zwecks Ermittlungen und ihrer späteren Ermordung offiziellen Stellen auszuhändigen, statt sie einfach dort zu töten, wo man sie aufspürte. Des weiteren diente die »Befriedung« den Behörden als Taktik, Tutsi aus ihren Verstecken zu locken, damit man sie töten konnte.

Mitte Mai lancierten die Behörden die Endphase, das Aufspüren der letzten überlebenden Tutsi. Sie wollten nun auch diejenigen vernichten, die sich erfolgreich hatten verstecken können, die bislang verschont worden waren – wie Frauen und Kinder – sowie jene, die durch ihren gesellschaftlichen Status Schutz genossen hatten, beispielsweise Priester oder Mediziner. Nachdem die RPF im ganzen Land weiter vorrückte, beeilten sich die Mörder, nun auch die letzten Überlebenden auszurotten, die anderenfalls später über das Blutvergießen würden aussagen können.

Während des gesamten Genozids wurden die Frauen der Tutsi oftmals vergewaltigt, gefoltert und verstümmelt, bevor man sie schließlich tötete.

Die Beteiligung der Bevölkerung

Die Dichte verwaltungsmäßiger und politischer Hierarchien, die für Ruanda seit vielen Jahren charakteristisch gewesen war, ermöglichte es den Anführern des Völkermordes, rasch und ohne Schwierigkeiten Zugang zur Bevölkerung zu finden. Sie war aber keine Garantie dafür, daß sich die Menschen in Massen an dem Blutvergießen beteiligten. Die Behörden nutzten Ängste und Habgier unter der Bevölkerung aus, und tatsächlich griffen einige Menschen zu ihren Macheten und schlugen sich bereitwillig auf die Seite der Mörder. Andere beteiligten sich nicht sofort, und einige verweigerten sich, selbst unter Einsatz ihres eigenen Lebens.

Sowohl im Rundfunk als auch bei öffentlichen Versammlungen bemühten sich die Behörden, die seit langem heraufbeschworene konkrete und unmittelbar bevorstehende Bedrohung eines Eindringens der RPF deutlich zu ma-

chen. Im gesamten Land verbreiteten sie detaillierte Falschinformationen, beispielsweise Berichte, denen zufolge Tutsi im Busch hinter der Kathedrale von Kibungo Schußwaffen versteckt oder Landkarten von Feldern vorbereitet hätten, die man den Hutu in Butare wegnehmen werde, oder daß Tutsi in Nyakizu Beamte der Kommunalverwaltung ermordet hätten. Die Behörden zählten darauf, mit solchen Berichten die Hutu davon überzeugen zu können, daß es sich bei ihren Tutsi-Nachbarn um gefährliche Agenten der RPF handelte, die vernichtet werden mußten. Gemeindevorsteher und selbst Geistliche versicherten den Hutu, daß es gerechtfertigt sei, Tutsi als Maßnahme der »Selbstverteidigung« anzugreifen.

Die Behörden boten jedem, der sich beteiligte, materielle Anreize. Sie gaben hungrigen und arbeitslosen jungen Männern Nahrung, Alkohol und andere Rauschmittel sowie Teile militärischer Uniformen und kleinere Bargeldbeträge als Bezahlung. Sie ermutigten Bauern, Vieh, Ernten und Baumaterial wie Türen, Fenster und Dächer zu plündern. Und was noch viel wichtiger war in einer nach Grund und Boden dürstenden Gesellschaft wie der ruandischen: Sie versprachen den Landwirten die Felder der Tutsi, die Opfer des Völkermordes wurden. Unternehmern und Angehörigen örtlicher Eliten ließen sie Häuser, Fahrzeuge, die Kontrolle über kleinere Gewerbe oder so rare Güter wie Fernseher oder Computer zukommen.

Viele arme junge Männer reagierten bereitwillig auf die versprochene Belohnung. Von den nahezu 60 Prozent der Ruander im Alter von unter 20 Jahren konnten Zehntausende kaum hoffen, jemals genug Land zu besitzen, um einen eigenen Hausstand zu gründen, oder eine Stellung zu finden, die es ihnen ermöglichen würde, eine Familie zu ernähren. Diese jungen Männer, von denen viele durch den Krieg aus ihren Heimatorten vertrieben worden waren und jetzt unweit der Hauptstadt in Lagern lebten, stellten etliche der ersten Rekruten der *Interahamwe*, die in den Monaten vor und bis wenige Tage nach Beginn des Völkermordes ausgebildet wurden. Auch Hutu aus Burundi, die vor der von Tutsi dominierten burundischen Armee nach Ruanda geflüchtet waren, erhielten in den Lagern der *Interahamwe* eine militärische Ausbildung und beteiligten sich nach dem 6. April bereitwillig an den Angriffen auf ruandische Tutsi.

In einigen Gebieten, insbesondere in den Hochburgen der Anhänger Habyarimanas, mußten die Behörden nicht viel mehr tun, als den Hutu ein Startzeichen für ihre Angriffe auf die Tutsi zu geben. In anderen Landesteilen, beispielsweise in der Mitte und im Süden des Landes, wo die Tutsi zahlreich und gut integriert waren und wo die Partei Habyarimanas nur wenig Unterstützung fand, wollten sich viele Hutu zunächst nicht an den Angriffen auf die Tutsi beteiligen und kämpften Seite an Seite mit ihnen gegen die Angreifer. Erst als Militär und Zivilbehörden diese Hutu mit öffentlicher Kritik und

Schikanen überzogen, Geldstrafen verhängten, ihr Eigentum zerstörten und ihnen mit dem Tode drohten, gaben sie ihre Opposition gegenüber dem Völkermord auf.

In einigen Gegenden haben die Behörden zögerliche Hutu offenbar vorwiegend in die Gewalt getrieben, indem sie sie zunächst zu Plünderungen und dann zur Zerstörung von Häusern anstifteten, um sie schließlich aufzuwiegen, auch die Bewohner der Häuser zu ermorden. Mitunter drohten Soldaten oder Polizisten den Hutu mit Strafe, wenn diese nur plündern, den Tutsi aber kein Leid antun wollten. Zunächst hetzten die Behörden zu Angriffen auf die am deutlichsten erkennbaren Zielpersonen – Männer, die tatsächlich die RPF unterstützten oder von denen man dies am ehesten würde annehmen können. Erst später drängten sie auch darauf, Frauen, Kinder, alte Menschen und andere Personen, die allgemein als unpolitisch angesehen wurden, zu ermorden.

So wie einige Gemeinden sich bereitwilliger an der Ermordung von Tutsi beteiligten als andere, so waren einige Hutu bereit, eine bestimmte Person zu töten, eine andere dagegen nicht, oder fielen, um diese Logik auf die Spitze zu treiben, über einen Menschen her und retteten gleichzeitig einen anderen. Wenn Hutu Tutsi Schutz gewährten, taten sie dies gewöhnlich wegen familiärer oder freundschaftlicher Bindungen oder weil sie sich wegen früherer Unterstützung durch die betreffende Person dazu verpflichtet fühlten. Manche Hutu retteten aber auch völlig fremden Menschen das Leben. Selbst Hauptmann Bagosora und führende Mitglieder der Übergangsregierung retteten das Leben ihnen nahestehender Tutsi – ein Beweis dafür, wie sehr die engen Bindungen zwischen Hutu und Tutsi selbst den hartnäckigsten Versuchen, sie zu zerstören, standhielten. Einige ehemalige Beamte wollen sich heute anrechnen lassen, daß sie seinerzeit von ihnen bevorzugte Tutsi vor dem Tod bewahrt haben, als verringerte sich auf diese Weise ihre Schuld, den Mord an so vielen anderen befohlen oder geduldet zu haben.

Unter dem Deckmantel der Legitimität

Viele Ruander sagen heute, sie hätten nur auf Anweisung der Behörden getötet. Derartige Aussagen sind weniger ein Beweis für einen ausgeprägten nationalen Befehlsgehorsam als vielmehr dafür, daß der Staat als »moralische Autorität« diese Menschen beeinflusst hat, Verbrechen zu begehen, die unter anderen Umständen undenkbar gewesen wären. Hauptakteurin war die Interimsregierung selbst, die es ihren Beamten und Bürgern unter dem Deckmantel legitimer Befehle ermöglichte, ihre Grausamkeiten vor sich selbst und anderen zu verbergen. Verwaltungsbeamte unterteilten den Prozeß des Völ-

kermordes in etliche Einzelaufgaben, die ausgeführt werden konnten, ohne Überlegungen über das eigentliche Ziel anstellen zu müssen. Bauern rückten wie seit langem üblich zur Gemeindegarbeit aus, wohl wissend, daß sie im Begriff waren, Menschen genauso niederzumähen wie das Gestrüpp, in dem man sie finden würde. Priester kündigten öffentliche Versammlungen an, ohne daran zu denken, welche Botschaft man dort verbreiten würde. Geschäftsleute zahlten Geld in den von der Regierung geschaffenen »Selbstverteidigungs«-Fonds ein, so wie sie früher Beiträge für ähnliche Sammlungen geleistet hatten, obwohl das Geld dazu bestimmt war, »Erfrischungen« für die Milizen zu kaufen sowie Benzin, um sie zu ihren »Arbeitsplätzen« zu bringen.

Im Rahmen der Bemühungen zur »Befriedung« wiesen die Behörden Kirchen, Schulen, Krankenhäuser und Geschäfte an, ihre Arbeit wiederaufzunehmen, und ließen völlig außer acht, daß die Tutsi, die sich an diesen Aufgaben immer beteiligt hatten, nun fehlen würden. In einer Welt, in der unzählige Menschen gegen die Gesetze, die Lehren der Religion und kulturelle Normen verstießen, versuchten sie, dem Leben einen Anstrich von »Normalität« zu geben.

Überlebensstrategien

Viele Tutsi und mit ihnen verbündete Hutu haben um ihr Leben gekämpft. Es ist bekannt, daß sie beispielsweise im Hügelland von Bisesero, in den Sümpfen von Bugesera und in der Kirche von Cyahinda heldenhaft Widerstand geleistet haben, obwohl sie gewöhnlich nur mit Stöcken oder Steinen bewaffnet waren. Doch es gibt keine Möglichkeit, etwas über die zahllosen kleineren Gefechte der zur Zielscheibe gewordenen Menschen zu erfahren, die in ihren Häusern, auf staubigen Pfaden oder auf den Hirsefeldern darum kämpfen mußten, ihr eigenes oder das Leben ihrer Familien zu retten.

Zehntausende Menschen flüchteten in die angrenzenden Staaten, andere versteckten sich innerhalb der Landesgrenzen im Dachgebälk von Häusern, in Erdlöchern, im Wald oder in den Sümpfen. Einige mußten sich ihr Überleben nur einmal erkaufen, andere haben innerhalb mehrerer Wochen mehrfach für ihre Sicherheit bezahlt – entweder mit Geld oder mit sexuellen Gefälligkeiten.

Viele Tutsi haben nur durch die Hilfe von Hutu überleben können, sei es durch die mutige Tat eines Fremden, sei es, daß Freunde oder Familienangehörige ihnen viele Wochen lang Schutz gewährten oder Nahrungsmittel zukommen ließen.

Das Ende der Macht der Hutu

Nachdem die Organisatoren des Völkermordes die Macht über den Staat erlangt hatten, versuchten sie, jeglichen Dissens im Keim zu ersticken, was ihnen allerdings nicht völlig gelang. Im Mai und Juni 1994 wurde die Übergangsregierung durch militärische Verluste sowie die ersten Anzeichen von Mißbilligung der internationalen Gemeinschaft geschwächt. In einer Gemeinde nach der anderen weigerten sich Hutu, an weiteren Suchaktionen oder der Bewachung von Sperren teilzunehmen. Nach dem Rückzug der meisten Beteiligten blieb die weitere Durchführung des Völkermordes kleineren, aber um so eifrigeren Gruppen überlassen, die weiterhin Menschen jagten und ermordeten, weil sie sich davon Profit erhofften oder entschlossen waren, auch die letzten Tutsi zu vernichten.

Nachdem der Feldzug gegen die Tutsi sie nicht länger fest zusammenschweißte, begannen die Hutu aus verschiedenen Gegenden und Parteien, einander erneut zu bekämpfen. Einige nahmen alte Auseinandersetzungen wieder auf, während andere neue Streitigkeiten über Machtbefugnisse oder das von Tutsi gestohlene Hab und Gut vom Zaun brachen. Angehörige der *Interahamwe* und andere junge Männer, die autorisiert waren, die Tutsi zu terrorisieren, gingen mit abnehmender Zahl der Tutsi dazu über, auch Hutu auszurauben, zu vergewaltigen und zu töten. Die Hutu machten sich den Völkermord bei ihren Konflikten mit anderen Hutu zunutze: Sie beschuldigten einander, Abkommen der Tutsi zu sein, Tutsi versteckt zu haben oder die RPF zu unterstützen. So wie sie nun ihre Feinde beschuldigten, gegenüber den Tutsi zu nachsichtig gewesen zu sein, so lasteten ihre Gegner ihnen nach dem Ende des Völkermordes an, Gewaltakte gegen Tutsi begangen zu haben.

Die Ruandische Patriotische Front

Mit ihrem Sieg über die Übergangsregierung und ihre Armee beendete die RPF auch den Völkermord. Gleichzeitig jedoch begingen ihre Truppen schwere Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht, indem sie unbewaffnete Zivilisten angriffen und töteten. Doch im Gegensatz zu den am Völkermord beteiligten Behörden, die sich in einem komplexen Feldzug der Maschinerie des Staates bedienten und darauf aus waren, sämtliche ruandischen Hutu in ihre Taten zu verwickeln, führte die RPF einen offenen militärischen Kampf, an dem Zivilpersonen in der Regel lediglich durch Lieferung von Informationen oder Unterstützungsdienste beteiligt waren.

Die RPF gab ihren Soldaten die Erlaubnis, Menschen zu töten, wenn sie diese für *Interahamwe* hielten oder annahmen, daß sie am Völkermord beteiligt waren. Einige der Opfer kamen während des Vorrückens der Truppen der RPF ums Leben, aber die meisten wurden in den Tagen und Wochen nach Beendigung der Kampfhandlungen hingerichtet. Angehörige der RPF suchten ihre Opfer unter den in Lagern lebenden Zivilisten und verließen sich dabei bisweilen auf Anschuldigungen von Überlebenden sowie auf ihre eigenen Verhöre. Einige Menschen wurden offenbar nur hingerichtet, weil sie mit gegnerischen Parteien der RPF in Verbindung standen oder genügend Potential besaßen, zu politischen Führern zu werden, und nicht, weil man sie der Beteiligung am Völkermord für schuldig hielt.

An mehreren Orten, beispielsweise in den Kommunen Ntyazo, Mukingi und Runda, metzelten Soldaten der RPF unbewaffnete Zivilpersonen nieder – unter ihnen zahlreiche Frauen und Kinder –, die sich auf von der RPF einberufenen Zusammenkünften eingefunden hatten. Ihnen wurde gesagt, man wolle Nahrungsmittel verteilen und ihnen Instruktionen geben, oder sie sollten sich zum Abtransport in eine andere Gegend versammeln. Mitte April ermordeten RPF-Soldaten im Stadion von Byumba mehrere hundert Menschen.

Bei einer Reihe von Razzien, die RPF-Soldaten Anfang April in Kigali durchführten, töteten sie zahlreiche politische und militärische Führer, bei denen es sich oftmals um ehemalige Regierungsangestellte oder um Personen handelte, die der Partei Habyarimanas nahestanden. In einer Reihe dieser Fälle töteten sie auch die Familienangehörigen ihrer Opfer, unter ihnen Frauen und Kinder.

Militärexperten haben im großen und ganzen bestätigt, daß es sich bei der RPF um höchst disziplinierte Truppen mit einer klaren Kommando- und Kommunikationsstruktur handelte. Auch wenn während der Monate des Genozids die Disziplin der Truppen durch die Notwendigkeit zur Aufnahme neuer Rekruten möglicherweise gelitten hat, behielten die Kommandeure der RPF, wie General Paul Kagame, genügend Autorität, um sicherzustellen, daß ihren Befehlen Folge geleistet wurde. Die von der RPF begangenen Verbrechen waren so systematisch und weit verbreitet und hielten über einen so langen Zeitraum hin an, daß die Befehlshaber von ihnen Kenntnis gehabt haben müssen. Selbst wenn sie nicht eigens den Befehl für ein solches Vorgehen gaben, taten sie doch auch nichts, um die Verbrechen zu unterbinden und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Anfang November 1994 berichtete die RPF, sie habe 25 Soldaten wegen Kapitalverbrechen festgenommen, darunter acht, denen die Tötung von Zivilpersonen zwischen Juni und August 1994 zur Last gelegt wurde. In etwa 20 derartigen Fällen hatten die Militärstaatsanwälte gegen Ende des Jahres